

Dr. Siegfried Suckut: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich danke sehr für diese Einladung. Ich habe mein Thema so strukturiert, daß ich zunächst etwas über die Funktion der Blockparteien im politischen System sagen, sozusagen das Grundmuster skizzieren möchte, danach etwas über die gesellschaftspolitische Funktion und anschließend etwas über andere wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen dieser Parteien in der ehemaligen DDR. Zum Schluß möchte ich eine Art Bilanz versuchen.

Ich habe einen Themenbereich bewußt ausgeklammert: Ich werde nicht auf die Funktion dieser Parteien aus der Sicht der Mitgliederschaften detaillierter eingehen, weil das ja das Thema des anschließenden Vortrages von Herrn Lapp ist. Gleichwohl habe ich aber auch dazu gearbeitet und veröffentlicht. Ich habe einen Beitrag ausgelegt, den ich im Mai dieses Jahres für das „Parlament“ geschrieben habe. Auch der Wortlaut meines Referates wird Ihnen nachher zugänglich sein. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich auch an die Zeitvorgabe halten und mit 30 Minuten sicher auskommen werde.

Zum Thema: „Zur gesellschaftspolitischen Funktion und Bedeutung der DDR-Blockparteien“!

Wer heute den Versuch unternimmt, Aussagen zur Funktion der Blockparteien in der früheren DDR zu treffen, begibt sich auf schwieriges Terrain. Zwar läßt sich nach Öffnung der Archive vieles beantworten, über das bisher nur spekuliert werden konnte, doch geraten Beiträge zu diesem Fragenkomplex leicht in den Sog der politischen Diskussion, die seit der Vereinigung entbrannt ist.

Gelten diese Parteien den einen als Horte des Widerstandes, halten andere sie für bloße „Blockflöten“, für klassische Mitläuferorganisationen. Eine dritte Deutung führte Christian von Ditfurth in die Debatte ein, der vor etwas mehr als einem Jahr eine Monographie zur DDR-CDU vorlegte und die These vertrat, sie sei keineswegs als „Partei von Mitläufern“ anzusehen. Die Führungsrolle der SED anzuerkennen sei vielmehr „den meisten 'Unionsfreunden' . . . ein internes Bedürfnis“ gewesen. Die östlichen Christdemokraten als überzeugte Anhänger des DDR-Sozialismus? – Zweifel scheinen angebracht.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, ungeachtet der tagespolitischen Diskussionen und Interessen zu eigenen Aussagen zu kommen, die sich primär auf die nun zugänglichen Materialien in den Archiven der SED, der LDPD und der DDR-CDU stützen. Sie sollen aufgrund der knappen Zeit thesenartig formuliert werden. Im Mittelpunkt werden die „alten“ Blockparteien, CDU und LDPD, stehen.

Beide waren im Frühjahr 1945 als Parteien mit gesamtdeutschem Organisationsverständnis gebildet worden. Das entsprach den Vorstellungen der Gründungsväter ebenso wie den Interessen der Besatzungsmacht. Ihr ging es darum, die nichtkommunistischen Kräfte schon früh in ein festes Bündnis mit

der KPD einzubinden und von Berlin aus die Strukturen des zukünftigen gesamtdeutschen Parteiensystems und die Kooperationsformen vorzuprägen.

CDU und LDPD waren als Blockmitglieder formal gleichberechtigte Bündnispartner der KPD – eben keine Massenorganisationen – und hatten bei den Wahlen im Herbst 1946, zusammengenommen, ein besseres Ergebnis erzielt als die SED. Sie waren deren Verbündete, aber zugleich Konkurrenten um die Macht – ein Grundwiderspruch, der auch in den folgenden Jahren immer wieder aufschimmerte. So angepaßt sich ihre Führungen später verhielten, die machtbewußte Staatspartei sah in ihnen stets auch potentielle Kontrahenten.

Gerade die CDU und LDPD behielten bei den Machträgern das Odium von Organisationen, deren Mitglieder „altes“ Denken noch nicht überwunden hatten, zumindest in der Gefahr standen, ihm wieder zu verfallen. Kleinbürger eben, die sich ein Leninist nur als politisch noch Schwankende vorstellen konnte.

Unter gesamtdeutschen und Legitimationsaspekten war es für die SMAD wichtig, daß sie den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der östlichen Besatzungszone zumeist zugestimmt hatten, wenn auch oft nur widerwillig und auf massives sowjetisches Drängen hin.

In dem Maße, in dem sich die Spaltung vertiefte und der Aufbau des Sozialismus im Osten voranschritt, erschienen der SED nationale Rücksichtnahme und potentielle Vermittlungsdienste verzichtbar. Gerade in Phasen von revolutionärem Optimismus neigte sie dazu, die Bedeutung der Blockparteien nur noch gering zu schätzen; häufig schien deren Fortexistenz ernsthaft bedroht.

Das gilt etwa für das Jahr 1948, für die Monate nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die ersten Jahre nach dem Mauerbau und den Beginn der Ära Honecker, als die halbstaatlichen Betriebe in staatliche umgewandelt wurden und – kurz darauf – die „Schaffung der Grundlagen des Kommunismus“ zum Parteiprogramm erklärt wurde.

In Phasen machtpolitischer Verunsicherung der SED dagegen, speziell dann, wenn die Legitimationsdefizite des DDR-Sozialismus besonders spürbar wurden, konnten die Block-Verbündeten stets ihre Position festigen und erfreuten sich wachsender Wertschätzung durch die Führungspartei. So mit Beginn des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953, im Zuge der Entstalinisierungsdebatte 1956 und unter dem Eindruck der Entwicklung in Polen wie der zunehmenden ökonomischen Probleme im eigenen Land seit Ende der 70er Jahre.

Jetzt galt der Sozialismus als „relativ eigenständige langandauernde gesellschaftliche Entwicklungsformation“, in der sich soziale Vielfalt erhalte und sogar weiter ausprägen. Vom Kommunismus war nicht mehr die Rede, wohl aber vom „stabilen Platz“ und der „langfristigen Perspektive“ der Blockparteien, die nun ermutigt wurden, „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ – wie es hieß – beim Ausbau der sozialistischen Ordnung zu leisten.

Je intensiver die „brain-trusts“ der SED in den 80er Jahren darüber nachdachten, wie gerade den technologischen Herausforderungen zu begegnen sei, desto sicherer gelangten sie zu Empfehlungen, die den Interessen wichtiger Mitgliedergruppen von CDU, LDPD und NDPD entgegenkamen, etwa zur Forderung, Eigeninitiative und Risikobereitschaft müßten gefördert, die Einkommen stärker differenziert und leistungsabhängig gemacht werden.

Ende der 80er Jahre schließlich, als die SED-Spitze versuchte, sich gegenüber der sowjetischen Reformpolitik abzuschotten, entdeckte sie das Mehrparteiensystem begrifflich neu und feierte seine Existenz als spezifisch deutschen Beitrag zur Praxis sozialistischen Aufbaus, als „Bündnispolitik in den Farben der DDR“. Was in der Sowjetunion noch diskutiert wurde – so sollte suggeriert werden –, sei von der KPD bereits in den 40er Jahren erkannt und in der DDR längst verwirklicht worden. Daß die Zulassung der Blockparteien eine sowjetische Entscheidung gewesen war, blieb unerwähnt.

Zur gedachten Funktion der Blockparteien, zur Hauptaufgabe Erziehung und Integration:

Ihre Funktion als Transmissionsorganisationen der SED bekamen die Blockparteien erst Mitte 1952 nach dem erklärten „Übergang zum Aufbau des Sozialismus“ zugewiesen. Den Zielen leninistischer Bündnispolitik entsprechend, sollten sie jene Bevölkerungsgruppen in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu integrieren helfen, zu denen die SED keinen Zugang hatte, deren Mitarbeit aber für den Aufbau unverzichtbar war. Gedacht war speziell an die Angehörigen des Mittelstandes, also die beruflich noch Selbständigen, aber auch an die religiös Gebundenen.

Die späteren offiziellen Aussagen zum Verlauf dieser Integrationsbemühungen klingen wie eine reine Erfolgsgeschichte. Die Anhängerschaft der Blockparteien, so wurde behauptet, identifizierte sich zunehmend mit den gesellschaftspolitischen Vorgaben, und ihre Parteien näherten sich der SED immer stärker an – eine Deutung, die in gleichsam aufsteigenden Definitionen ihren Ausdruck fand: Aus „bürgerlich-demokratischen“ wurden „kleinbürgerlich-demokratische“, dann „demokratische“ und schließlich „befreundete“ Parteien. Die vermeintlichen Integrationserfolge drohten die Blockparteien zeitweise schon überflüssig zu machen, etwa, als Ende der 60er Jahre Ulbricht die DDR-Gesellschaft als homogene „sozialistische Menschengemeinschaft“ charakterisierte.

Die amtliche Erfolgsbilanz ließ sich durchaus mit Daten untermauern. Die Blockparteien meldeten seit Beginn der 70er Jahre wieder steigende Mitgliederzahlen und hatten zum Schluß annähernd 500 000 DDR-Bürger organisiert. In allen Parlamenten, im Ministerrat und den regionalen Verwaltungen waren sie vertreten. Die Parteichefs fungierten zugleich als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates und unternahmen zahlreiche Auslandsreisen. Annähernd 100 000 Mitglieder wiesen die Statistiken als ehrenamtliche Mitarbeiter der

Nationalen Front aus, und fast tausend Gemeinden hatten einen Bürgermeister, der aus den Reihen einer der Blockparteien stammte.

Alle staatspolitisch wichtigen Entscheidungen waren von diesen Verbündeten mitgetragen worden – ein Faktum, das die Propaganda gern hervorhob, um das eklatante Legitimationsdefizit der SED-Herrschaft wenigstens formal zu verringern. Die Gründung halbstaatlicher Betriebe 1956 und deren Umwandlung in VEBs 1972 ging sogar formal auf Initiativen der Blockparteien zurück.

Daß die Funktionalisierung doch nicht so gut gelungen war, wie es die offizielle Darstellung glauben machen wollte, zeigte sich spätestens in den Monaten der Wende, als die Führungen sich unisono über diktatorisches Verhalten der SED in den zurückliegenden Jahren beschwerten und die Mitgliedschaften, allem Anschein nach nicht weniger entschieden als die Gesamtbevölkerung, für parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft optierten.

Noch wesentlich aufschlußreicher sind die jetzt zugänglichen Archivunterlagen. Danach zu urteilen, war der politisch-erzieherische Einfluß der Blockparteien auf die ihnen zugewiesenen Zielgruppen eher gering. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Blockparteien gerade jene Bevölkerungsgruppen von den vermeintlichen Vorzügen des Sozialismus überzeugen sollten, die von seinem Aufbau sozial am stärksten gefährdet waren: die bisher Selbständigen – ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Selbst die Parteiführer gerieten in Nöte, wenn sie die Unterstützung der leninistischen Staatspolitik mit dem weltanschaulichen Charakter ihrer Partei argumentativ in Einklang bringen sollten.

Manfred Gerlach wandte sich einmal, ideologischen Rat suchend, an einen führenden SED-Funktionär. Er habe als Mitglied des LDP-Zentralvorstandes demnächst ein Referat zu halten zum Thema: „Steht die LDP bejahend zum Marxismus-Leninismus?“ Ihm komme es „darauf an, Argumente zu haben, die“ er „anführen könnte“. „Wenn die LDP den Marxismus-Leninismus direkt bejahen würde“, so seine Überlegung, „würden logischerweise die Menschen sagen: Wozu brauchen wir noch eine LDP?“ Würde man ihn aber ablehnen, so gäbe es jetzt schon „ernste Diskussionen“ von LDP-Mitgliedern, die an Gewerkschafts- und FDJ-Schulungen teilnahmen und den historischen Materialismus bejahten. – Als manchmal selbst nicht Überzeugte Überzeugungsarbeit leisten zu wollen, war schwierig, eigentlich aussichtslos.

Überzeugender als der DDR-Sozialismus wirkte innerparteilich das westdeutsche Gegenmodell. Für die 50er Jahre läßt sich das klar belegen, aber auch aus den Stimmungsberichten der folgenden Jahrzehnte ist starke Westorientierung herauszulesen. Wahlsiege Adenauers wurden in manchen CDU-Ortsgruppen gefeiert, als wären es eigene gewesen, und hartnäckig hielt sich bis zum Mauerbau die heute illusionär wirkende Hoffnung, die Wiedervereinigung steht möglicherweise unmittelbar bevor.

Als in der mecklenburgischen Gemeinde Rakow in einer öffentlichen Versammlung über den Bau eines Kulturhauses diskutiert wurde, intervenierte ein Unions-Anhänger mit der Forderung „Hört auf zu bauen, im nächsten Jahr baut Adenauer sowieso bei uns!“ – Das war im Jahre 1954, hätte sich aber genausogut 1960 ereignen können.

Anfang der 70er Jahre war Willy Brandt ganz offensichtlich der beliebteste Politiker unter den Anhängern alle Blockparteien, weil seine Deutschlandpolitik intensiveren Kontakt zur Bundesrepublik verhielt und nationale Hoffnung neu belebte. Die starke Westorientierung ließ eine politische Kluft zwischen Anhängerschaft und Führung entstehen. Sie verringerte sich in den Jahren nach dem Mauerbau, als die Bereitschaft zum Arrangement mit dem Staat in der DDR-Gesellschaft generell zunahm.

Die Basis ignorierte oft und zum Teil demonstrativ, was die Zentralen beschlossen hatten. Den ZK-Mitarbeitern erschienen die führenden Blockpartei-Funktionäre manchmal wie „Offiziere ohne Armee“. Schon auf Kreisebene ließ der Einfluß der Zentralverbände deutlich nach, und selbst größere Kaderrevirements unter den Kreissekretären vermochten daran nichts zu ändern. Offizieller Anspruch und vor Ort feststellbares Erscheinungsbild differierten gerade bei CDU und LDPD gewaltig. Das bestätigten nicht zuletzt auch die Berichte früherer Mitglieder.

Schon allein um den Mitgliederstand zu halten, waren aufgrund der starken Überalterung erhebliche Werbeanstrengungen notwendig, die erst seit den 70er Jahren von der SED voll gebilligt wurden. Der schließlich bis Ende der 80er Jahre anhaltende Zulauf erfolgte jedoch in hohem Maße aus Bevölkerungsschichten, an die sich die Blockparteien nach den SED-Vorgaben nicht oder nicht vorrangig wenden sollten.

Bei der CDU traf das – nach den rigiden SED-Statistiken, die soziale, aber keine weltanschaulichen Kriterien berücksichtigten – 1970 auf 90 Prozent der Neuaufnahmen zu, und das war durchaus keine Ausnahmejahr. Die eigentlich zugewiesenen sozialen Bezugsgruppen bildeten in der Mitgliedschaft von CDU, LDPD und NDPD bis zum Schluß nur eine Minderheit, prägten aber weithin das Parteileben an der Basis. Die besten Werte erreichte die NDPD, deren Neuzugänge 1970 immerhin zu 40 Prozent aus den zugeordneten Schichten stammten. Dazu zählten Handwerker, Gewerbetreibende, Unternehmer – die es damals noch gab –, freiberufliche Geistesschaffende – wie es hieß – und Komplementäre. Entsprechende Vorgaben galten für die LDPD.

Bei der CDU kamen als Bezugsgruppe die Geistlichen hinzu. Doch zeigten sich gerade sie in hohem Maße resistent gegenüber allen Werbeversuchen. Wie man den persönlichen Monatsberichten der CDU-Bezirksvorsitzenden an Parteichef Gerald Götting entnehmen kann, gelang es trotz intensiver Bemühungen nur selten, einen Pfarrer zum Unions-Beitritt zu bewegen. Über die Jahre waren nicht mehr als 300 bis 400 „Geistliche und Theologen“, wie

es hieß, in dieser Blockpartei organisiert; 1988 waren das 0,3 Prozent der Gesamtmitgliederschaft.

Die Bauernpartei warb lange Zeit vorrangig unter den in vollkollektivierten LPGs, dem sogenannten Typ III, Beschäftigten, sollte dieses Feld aber eigentlich der SED überlassen. Doch entsprach die Zusammensetzung der DBD-Mitgliederschaft wenigstens hinsichtlich der Berufsstruktur den Anweisungen: Sie bestand ganz überwiegend aus Bauern. Ihre Kreisvorstände sprachen in größerem Maße Neuaufnahmen mit den Vertretern der Einheitspartei ab. Auch aus diesem Grund galt die DBD als verlässlichste Verbündete und wurde bei offiziellen Aufzählungen als erste genannt.

Nicht ohne Argwohn registrierte die SED dagegen den beachtlichen Zulauf aus den Reihen der Intelligenz und die beharrliche Praxis der CDU, sich als primär weltanschaulich geprägte Organisation zu definieren und auch Arbeiter aufzunehmen. Besondere Wertschätzung genossen die Blockparteien unter den Lehrern. Sie wurden hier zu ernsthaften Konkurrenten der SED, die schließlich größere Zurückhaltung bei der Werbung anmahnte; das war Anfang der 70er Jahre.

Daß die Vorgaben für die Mitgliedergewinnung nicht konsequent beachtet und die gesellschaftspolitischen Ziele der SED so teilweise unterlaufen wurden, war auf das gemeinsame Interesse der Basisorganisationen wie der Spitzen zurückzuführen, die Fortexistenz der Partei nicht zu gefährden. Selbst ein so SED-loyaler Politiker wie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wolfgang Heyl wollte verhindern, daß die Union unter die Marke von 100 000 Organisierten absank, und ließ sich nicht nur vom gesellschaftspolitischen Auftrag, sondern auch vom Eigeninteresse seiner Partei leiten.

Noch ausgeprägter tat das der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach, der gegenüber seinen Gesprächspartnern in der SED-Führung immer wieder eine stärkere Repräsentanz der Liberalen im Staatsapparat und mehr Beachtung in den Medien anmahnte. Als 1977 das Politbüro neue Dienstwagen schwedischen Fabrikats erhielt, wurde der statusbewußte LDPD-Chef umgehend im ZK vorstellig und drängte auf Gleichbehandlung. „Volvo – ja“ schrieb Honecker schließlich in seiner typischen Art mit Filzstift über die Anfrage. Freilich erhielten Gerlach und die übrigen Vorsitzenden die Karossen nicht in ihrer Funktion als Parteichefs, sondern als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates.

Eine gesellschaftliche Sonderfunktion, die speziell bis Anfang der 70er Jahre wichtig war, darf in dieser Aufzählung nicht vergessen werden: CDU und LDPD sollten zugleich unter der Anhängerschaft ihrer früheren westdeutschen Schwesterparteien für den DDR-Sozialismus werben und auf eine Vereinigung unter östlichen Vorzeichen hinarbeiten.

Die Geschichte der daraus entstandenen Kontakte und Kontaktversuche ist eines der interessantesten Kapitel deutscher Nachkriegsentwicklung und

mittlerweile recht gut rekonstruierbar. In Kürze wird dazu ein Beitrag von Roger Engelmann in der Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte München erscheinen, und vor wenigen Tagen ist ein von mir verfaßter im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung veröffentlicht worden.

Während sich die Liberalen sogar – wenn auch nur einmalig – zu offiziellen Beratungen (in Weimar) trafen und danach immer wieder informelle Gespräche führten, verhielt sich die West-CDU entschieden ablehnend gegenüber Gesprächsangeboten ihrer östlichen Namensschwester. Argwöhnisch beobachtete das ZK der SED alle innerdeutschen Kontakte zwischen Mitgliedern dieser Parteien und war darauf bedacht, eine innenpolitische Aufwertung der Blockparteien durch solche Beziehungen zu verhindern. Ein schwieriger Balanceakt der SED-Deutschlandpolitik!

Wie schwierig er manchmal war, mag ein Zitat verdeutlichen, das aus dem stenographischen Protokoll der Sitzung des Zentralen Blockausschusses vom 15. Oktober 1956 stammt, einer Sitzung also, die wenige Tage nach dem Weimarer Treffen stattgefunden hatte; über das Ergebnis dieses Treffens wurde dort vorrangig diskutiert.

Otto Grotewohl nahm da zu der Frage Stellung, ob es denn denkbar sei, daß zukünftige F.D.P.-Vertreter in Mitgliederversammlungen der LDPD aufträten, wie es ja von der F.D.P. auch gerade in Weimar intensiv gefordert worden war. Otto Grotewohl führt dort aus:

„Wenn nun diese Sorte, die hier als Unterhändler aufgetreten ist, (er meinte die F.D.P.-Vertreter!) in Ihren Mitgliederversammlungen sitzt und redet, da braucht gar nichts zu geschehen. Von Ihren Mitgliedern braucht keines auch nur ein einziges Wort dazu zu sagen. Aber die Freude im innern, daß nun endlich ihren wirklichen Anschauungen entsprechend geredet wird, das ist die Zersetzung, die innere Zersetzung. Und Ihre Arbeit, die Sie 12 Jahre geleistet haben, um den Teil des Bürgertums, den Sie um sich versammelt haben, zu fortschrittlichen Menschen zu machen und sie in die aufbauende Arbeit unseres Staates einzugliedern, löst sich auf. Da können Sie machen, was Sie wollen. Es wird ja keiner auftreten und das sagen; das haben die gar nicht nötig. Allein die Tatsache, daß diese negativen Tendenzen gestärkt und beflügelt werden, bedeutet die politische Auflösung der LDP.“

Man sieht, wie sehr die SED – natürlich auch damals schon und in diesem Punkt besonders – im Grunde genommen auf Abgrenzung angewiesen war, daß eigentlich die SED und die LDP bei diesen innerdeutschen Kontakten überfordert waren. Hätte es sie in intensiverer Form gegeben, wären sie fortgesetzt worden, wäre das eine ganz schwierige Situation geworden.

Der Effekt der von den Blockparteien betriebenen Westpropaganda und Westarbeit dürfte bei den Adressanten allem Anschein nach sehr gering gewesen sein. Zu abenteuerlich war etwa die These, der Mittelstand habe eigentlich nur in der DDR eine sichere Zukunft.

Nun zu den sonstigen Funktionen, zu den Bereichen Konsultation, Information, Interessenvertretung:

Westliche Sozialwissenschaftler hatten den Blockparteien und Massenorganisationen seit den 60er Jahren ein erweitertes Funktionsspektrum untergestellt und ihnen u. a. diese Funktionen – Konsultations-, Informations- und Interessenvertretungsleistungen – zugeschrieben; Transmission – so die Annahme – gebe es auch in umgekehrter Richtung: von unten nach oben.

Die jetzt zugänglichen Archivunterlagen bestätigen diese These. Umfangreich und für die SED sicher nützlich waren die Berichte, die sie über die Stimmungen in den Mitgliederschaften und den ihnen nahestehenden Bevölkerungsgruppen erhielt. Vor ihren Parteitage, der Verabschiedung von Programmen oder der Verfassung etwa konsultierte die SED die Blockparteien und bat um Stellungnahmen zu den vorgelegten Entwürfen.

Was die Verbündeten anregen, läßt erkennen, daß sie durchaus auch Interessenvertretungsaufgaben für ihre Mitglieder wahrnahmen. So forderte die CDU u. a., die Gleichberechtigung aller Bürger „unabhängig von ihrem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis“, wie es hieß, im SED-Programm von 1976 festzuschreiben und (1971, zum VIII. Parteitag der SED) zu Weihnachten geistliche Chormusik in das Fernsehprogramm der DDR aufzunehmen. Der LDPD ging es vorrangig um die Förderung der Privatbetriebe.

Die Reaktion der SED war zumeist sehr ablehnend. Die gesamt-gesellschaftlichen Interessen müßten im Vordergrund stehen, und die Existenz weltanschaulicher Unterschiede dürfe nicht noch betont werden, lautete ein Standardargument.

Als die LDPD 1968 anregte, das Mehrparteiensystem in der Verfassung zu verankern, zeigte sich die SED-Spitze geradezu alarmiert. Der Begriff lasse die „führende Rolle“ ihrer Partei nicht erkennen, bemerkte sie offenbar erst jetzt und strich ihn nun gänzlich aus dem offiziellen Vokabular.

Viele Anregungen wurden freilich auch angenommen, doch waren sie in der Regel nur von geringer Bedeutung. Was gut und wichtig schien, vereinnahmte die SED dagegen gern für sich selbst, etwa das CDU-Angebot aus dem Jahre 1977, eine Unterschriftenaktion gegen die Neutronenbombe unter den Pfarrern der Republik zu starten. Das sei Sache der Nationalen Front, entschied das ZK.

Hier dokumentierte sich anschaulich der Doppelcharakter der Blockparteien, wie die SED ihn wahrnahm: als Verbündete und potentielle Konkurrenten.

Bilanz. Versucht man zu bilanzieren, in welchem Maße die Blockparteien den ihnen zugewiesenen bündnispolitischen Aufgaben gerecht geworden sind, so fällt das Ergebnis für den Auftraggeber, die SED, unbefriedigend aus. Die Erfüllung der – im SED-Jargon – „Hauptaufgabe“, die politische Überzeugung und Erziehung bestimmter Bevölkerungsgruppen, war in nur

geringem Maße gelungen. Die Mitgliederschaften blieben westorientiert, zeigten aber Arrangementbereitschaft; das entsprach in der Grundstruktur dem Verhalten der Gesamtbevölkerung.

Das Scheitern der Blockparteien als Transmissionsorganisationen zeigte sich am deutlichsten bei der CDU. Gerade im Herbst 1989 trat offen zutage, daß kirchliche Diskussionen und Interessen stärker auf die Partei wirkten als umgekehrt, ein Faktum, das die SED bereits in früheren Jahren konstatiert hatte. Folgt man den internen Berichten Gerald Göttings, dann waren 1972 die Gegenstimmen und Stimmenthaltungen von Christdemokraten beim Volkskammerbeschluß über die Reform des § 218 dem innerparteilichen Einfluß der Religionsgemeinschaften zuzuschreiben.

Die unter dem Dach der Kirchen geführten Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung schließlich griffen 1989 auf die Union über und führten letztlich die Wende auch in dieser Partei herbei. Darüber legen die im CDU-Archiv überlieferten Dokumente beredt Zeugnis ab.

Doch gab es aus SED-Sicht auch Positives zu verzeichnen. Zu Zehntausenden hatten die Mitglieder der Blockparteien staatliche Ämter und Aufträge übernommen, zumeist unbezahlte und unbeliebte, etwa als Wahlhelfer in der Nationalen Front. In diesem staatsloyalen Engagement unterschieden sie sich – zumindest graduell – von der Gesamtbevölkerung. Die SED wußte die Unterstützungsbereitschaft der von der Sache weithin nicht Überzeugten durchaus zu schätzen. Sie waren eine zwar nur bedingt zuverlässige, aber wichtige Kaderreserve, ohne deren Mitwirkung das Gesamtsystem kaum funktioniert hätte. Die zahlenmäßigen Erfolgsbilanzen waren halt nicht nur Makulatur. Die Blockparteien hatten in der Tat ihren Anteil an dem, was in der DDR geschah – am Guten wie am Bösen.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. – Ich meine, wir sollten, wenn Fragebedarf vorhanden ist, im Anschluß an die Vorträge der drei Referenten eine kurze Fragerunde machen. Deshalb möchte ich Sie, Herr Dr. Suckut, jetzt zunächst hier verabschieden und Herrn Dr. Lapp nach vorn bitten. Herr Dr. Peter Joachim Lapp ist Redakteur in der Abteilung „Dokumentation Ost-West“ des Deutschlandfunks in Köln. Er hat eine Reihe von Studien über die ehemalige DDR, jetzt aber auch Portraits über die fünf neuen Länder geschrieben. Er hat sich insbesondere auch beschäftigt mit den Grenztruppen der DDR, mit der Volksmarine, mit der Traditionspflege, mit Teilen des politischen Systems der DDR und natürlich auch mit den Blockparteien.

Herr Dr. Lapp wird zu uns sprechen über das Thema „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“. Bitte, Herr Lapp.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wer